

# 50 Jahre Anwerbeabkommen – Grund zu Feiern?



Im Rahmen des Besuchs des türkischen Präsidenten Abdullah Gül in Deutschland fand heute in Köln eine Veranstaltung der „Deutsch-Türkischen IHK“ anlässlich 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei mit Bundespräsident Christian Wulff statt. Auch wenn dieses Abkommen schon [des öfteren auf PI thematisiert](#) wurde, ist jetzt der richtige Zeitpunkt, die damalige Unterzeichnung noch einmal kritisch zu hinterleuchten.

*(Von Erwin M.)*

Wer heute das Internet speziell nach der Geschichte der türkischen Gastarbeiter absucht, wird auf 99 Prozent aller Seiten gleich in den ersten Sätzen belogen, denn es heißt da stereotyp, Deutschland hätte Arbeiter gebraucht und die Türkei sei so nett gewesen, welche zu schicken.

Hierzu führt Dr. Stefan Luft in seinem 2006 erschienen Buch „Abschied von Multikulti“ aus:

*Die Initiative für das deutsch-türkische Anwerbeabkommen ging, was wenig bekannt ist, von der Türkei aus. Die Türkei hatte ein erhebliches Interesse daran, einen Teil der rasch anwachsenden Bevölkerung befristet als Gastarbeiter ins Ausland zu schicken. Neben der Entlastung des eigenen*

*Arbeitsmarktes versprach sie sich zu Recht dringend benötigte Deviseneinnahmen sowie einen Modernisierungsschub durch zurückkehrende Gastarbeiter, die sich entsprechende Qualifikationen angeeignet haben würden. Rund 77 Prozent der Erwerbstätigen waren damals in der Landwirtschaft tätig, nur etwa zehn Prozent in der Industrie. „Sowohl Anfang der sechziger Jahre als auch zu Beginn der siebziger Jahre war die Türkei darauf angewiesen, Arbeitskräfte ins Ausland zu schicken, da sie nur auf diese Weise die Arbeitslosigkeit im Lande reduzieren und mit Hilfe der regelmäßigen Gastarbeiterüberweisungen ihr hohes Außenhandelsdefizit ausgleichen konnte.“*

In Ihrem Buch „Diplomatische Tauschgeschäfte. ‚Gastarbeiter‘ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973“ führt Heike Knortz das [Zustandekommen des Vertrages](#) auch auf außenpolitischen Druck der USA zurück:

*Zunächst reagierte die Bundesregierung zurückhaltend auf das Angebot. Arbeitsminister Theodor Blank lehnte das Angebot zunächst ab. Da er die kulturell-religiöse Distanz und mögliche aus dieser resultierende Konflikte als zu groß einschätzte, des Weiteren bestünde zunächst auch kein Bedarf an türkischen Arbeitskräften da das Potenzial an deutschen Arbeitslosen aus strukturschwachen Regionen noch nicht hinreichend ausgeschöpft sei. Aufgrund des außenpolitischen Drucks der USA, welche nach der geostrategisch motivierten Aufnahme der Türkei in die Nato dieses Land ökonomisch stabilisieren wollte, übernahm das bundesdeutsche Außenministerium, im Gegensatz zum ursprünglich zuständigen Arbeitsministerium die Verhandlungsführung mit der türkischen Republik. Bei Abschluss des Abkommens standen die außenpolitischen Ziele der Nato, sowie die innenpolitischen und wirtschaftlichen Ziele der Türkei im Vordergrund. Insbesondere erhoffte sich die Türkei einen Rückgang der hohen türkischen Arbeitslosenzahlen, welche durch ein dauerhaft über dem Wirtschaftswachstum liegendes*

*Bevölkerungswachstum verursacht waren.*

Das Problem des explosionsartigen Anwachsens der eigenen Bevölkerung (von 1955 bis 1975 stieg die Bevölkerungszahl in der Türkei von 24 auf 40,2 Millionen Menschen) wurde zumindest damals noch von türkischer Seite aus offen zugegeben. Helmut Schmidt (SPD, deutscher Bundeskanzler 1974 bis 1982) berichtete in der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Heft „Zeit-Punkte“, Nr. 1/1993) über ein Schlüsselerlebnis mit dem türkischen Ministerpräsidenten Demirel:

*„Ich kann mich gut daran erinnern, als ich ihn das erste Mal traf. Das muss anderthalb Jahrzehnte her sein. Wir trafen uns in Ankara. Er war damals Regierungschef und hat zu mir gesagt: ‚Wissen Sie, Herr Schmidt, bis zum Ende des Jahrhunderts müssen wir noch fünfzehn Millionen Türken nach Deutschland exportieren. Und ich habe zu ihm gesagt: ‚Das wird nicht stattfinden, das werden wir nicht zulassen. Da hat er gesagt: ‚Warten Sie mal ab. Wir produzieren die Kinder und Ihr werdet sie aufnehmen.‘“*

Diese eindeutige Faktenlage scheint der heutigen Türkei nicht mehr so recht in ihr eigenes Geschichtsbild zu passen. So [behauptete bereits im März diesen Jahres](#) der „Minister für Auslandstürken“ Faruk Çelik:

*[...] In Anspielung auf die deutsche Kritik an türkischen Migranten erinnerte der Minister die Bundesrepublik auch daran, dass die Auswanderung keine Idee der Türken war: „Die Leute gingen, weil man nach ihnen rief.“ Nun müsse sich Deutschland verstärkt um eine gute Integration bemühen, was bedeute, „Kultur und Religion“ der Türken zu respektieren.  
[...]*

Und auch aktuell gibt der türkische Staatspräsident Abdullah Gül das [Märchen vom dringend benötigten türkischen](#)

## Gastarbeiter zum Besten:

*„Die Türken sind damals einer Einladung gefolgt. Deutschland brauchte Arbeitskräfte, die Türken machten sich auf den Weg.“*

Selbst die Bundesregierung klammert, aus welchen Gründen auch immer, die Geschichte des Zustandekommens der Anwerbung aus:

*Der Anwerbevertrag zwischen Deutschland und der Türkei wurde Ende Oktober 1961 in Bad Godesberg unterzeichnet. Beide Länder waren an einer engeren Zusammenarbeit interessiert. Zum einen brauchte Deutschland zur Zeit des „Wirtschaftswunders“ Arbeitskräfte, zum anderen wollte die Türkei ihre Landsleute durch einen Auslandsaufenthalt weiter qualifizieren.*

Dass das 50-jährige Jubiläum unter Ausblendung der Vorgeschichte derart harmonisch begangen wird, ist keine Selbstverständlichkeit. Wie nachfolgende Zitate belegen, sahen frühere deutsche Bundeskanzler bzw. Ministerpräsidenten die Anwerbung türkischer Gastarbeiter weit weniger positiv.

Helmut Schmidt (SPD) in der Wochenzeitung „Zeit“ vom 5.2.82:

*„Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze!“*

Manfred Börner (SPD und hessischer Ministerpräsident) 1982:

*“Es kommt, solange ich in Hessen etwas zu sagen habe, kein Türke mehr ins Land. Denn die sozialen Folgekosten sind so hoch, dass es unverantwortlich ist, das fortzusetzen.“*

Helmut Kohl, in einem ZDF-Interview v. 3.10.1982, dem ersten Tage seiner Kanzlerschaft:

*„Aber es ist auch wahr, dass wir die jetzige vorhandene Zahl der Türken in der Bundesrepublik nicht halten können, dass*

*das unser Sozialsystem, die allgemeine Arbeitsmarktlage, nicht hergibt. Wir müssen jetzt sehr rasch vernünftige, menschlich sozial gerechte Schritte einleiten, um hier eine Rückführung zu ermöglichen.“*

und an anderer Stelle:

*„Das Problem ist, dass wir offen aussprechen müssen, dass wir mit der Zahl der türkischen Gastarbeiter bei uns, wie wir sie jetzt haben, die Zukunft nicht erreichen können. Die Zahl kann so nicht bleiben. Sie muss verringert werden.“*

Ende Oktober, am Jahrestag der Unterzeichnung des Abkommens, soll neben einer Feierstunde im Bundestag ein Zug von Istanbul nach Berlin fahren, um den Weg türkischer Gastarbeiter nach Deutschland nachzustellen. Dann wollen sich auch Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und Bundeskanzlerin Angela Merkel treffen. Hoffen wir, dass unsere Bundeskanzlerin Herrn Erdogan die Hintergründe der damaligen und bis heute andauernden Landflucht seiner Landsleute verdeutlicht.

Wird man die von der heutigen Türkei und ihrer in Europa ansässigen [Kolonisationsbehörde Ditib](#) verbreitete Version „die Türken wurden von Deutschland nach dem Krieg gerufen, und haben das Land wieder aufgebaut“ weiterhin unwidersprochen hinnehmen, ist mit einem weiteren Anwachsen des türkischen Nationalismus in Deutschland wie z.B. im [Mai diesen Jahres in Würzburg](#) zu rechnen. Im übrigen war West-Deutschland 1959 bereits nach den USA zur zweitgrößten Industrienation aufgerückt, das Land also [schon lange von den eigenen Leuten](#) wieder aufgebaut.

Freilich hat Erdogan kein Interesse an einer Eindämmung des Nationalismus vieler seiner Landsleute in Europa. So rief er doch bei einer im Februar 2010 in Istanbul stattgefundenen Konferenz dazu auf, [Europa zu „türkisieren“](#) und die europäische Kultur mit der türkischen zu „impfen“.

Buchtipp: Heike Knortz: [Diplomatische Tauschgeschäfte](#).  
"Gastarbeiter" in der westdeutschen Diplomatie und  
Beschäftigungspolitik 1953-1973. Böhlau Verlag, Köln 2008,  
S.225